

Drucksache
0205/2020-2025

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Ratsfraktion Bielefeld

Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Telefon: 0521/51 50 80
Telefax: 0521/51 81 10
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Bielefeld, 01.12.2020

Antrag zur Sitzung des Rates am 10.12.2020

ICE-Neu/Ausbaustrecke Hamm – Bielefeld – Hannover

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
zur Ratssitzung am 10.12.2020 stellen wir folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Mitarbeiter*innen der DB Netz AG und des Bundesverkehrsministeriums einzuladen und eine Informationsveranstaltung zur Neubau/Ausbaustrecke Hamm – Bielefeld – Hannover zu organisieren.

Begründung:

Im Januar beginnt der Beteiligungsprozess für die ICE Neu/Ausbaustrecke Hamm – Bielefeld – Hannover. Als zentraler ICE-Halt ist für Ostwestfalen-Lippe Bielefeld vorgesehen. Es sind diverse Varianten in der Diskussion, die auch Bielefeld direkt und massiv tendieren. Als zentrale Großstadt von OWL ist es Aufgabe der Stadt, sich hier aktiv für die Region in den Beteiligungsprozess einzubringen. Bisher wurde das Thema wenig bis gar nicht in der Region behandelt. Die Strecke ist aber am 1. April 2020 mit dem MGvG (Maßnahmengesetz-vorbereitungsgesetz) verabschiedet worden. Erste Vorplanungen existieren und seit Mitte November 2020 sind fünf grundsätzliche Trassen veröffentlicht worden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Vollmer
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

RAT DER STADT BIELEFELD

Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 10.12.2020

Zu Punkt 5.2
(öffentlich)

ICE-Neu/Ausbaustrecke Hamm – Bielefeld – Hannover (Antrag der Fraktion Die Linke vom 01.12.2020)

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 0205/2020-2025, 0227/2020-2025

Text des Antrages der Fraktion Die Linke (Drucksache 0205/2020-2025):

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Mitarbeiter*innen der DB Netz AG und des Bundesverkehrsministeriums einzuladen und eine Informationsveranstaltung zur Neubau/Ausbaustrecke Hamm – Bielefeld – Hannover zu organisieren.

Text des Antrages der SPD-Fraktion (Drucksache 0227/2020-20259):

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Vertreter*innen geeigneter Stellen (z.B. NWL, DB, Verkehrsministerium) einzuladen und jeweils eine öffentliche Informationsveranstaltung digital anzubieten zu den Themen:

- Neubau/Ausbaustrecke Hamm-Bielefeld-Hannover
- Vision S-Bahn OWL

Unter Bezugnahme auf entsprechende Presseberichterstattungen merkt Herr Vollmer (Fraktion Die Linke) an, dass die geplante Neubaustrecke bereits sehr konkret der Öffentlichkeit dargestellt worden sei. Bedauerlicherweise lägen jedoch den kommunalen Entscheidungsträgern hierzu kaum Informationen vor, obwohl mit dem Projekt erhebliche Risiken, aber auch Chancen für die Region, aber auch für die Stadt Bielefeld verbunden seien. Insofern sei aus seiner Sicht ein Austausch auf politischer Ebene dringend geboten, zumal am 17.01.2021 die sogenannte Dialogphase inklusive der Beteiligung der betroffenen Kommunen und Kreise sowie der Bürgerbeteiligung beginne. In Anbetracht der Komplexität der Materie rege er die Überweisung des Antrages an den Stadtentwicklungsausschuss als dem zuständigen Fachausschuss an. Allerdings habe er die dringende Bitte, dass die Verwaltung die Politik im Vorfeld mit den notwendigen Informationen versehe.

Herr Frischemeier (SPD-Fraktion) begrüßt die Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss, da die Planungen der Deutschen Bahn unmittelbar Auswirkungen auf eigene städtische Planungen haben werde, wie z. B. die Planungen zum Fahrradparkhaus, zur Fernbushaltestelle oder zum Bahnhofsumfeld, was der Fachausschuss in Gänze betrachten sollte. In diesen Kontext gehöre aus Sicht seiner Fraktion auch zwingend

die Vision S-Bahn OWL, die ebenfalls weitreichende Auswirkungen auf Bielefeld und die Region haben könnte. Da auch hier ein Informationsdefizit festzustellen sei, sollte dies in einer Informationsveranstaltung umfassend dargestellt werden.

Herr Schlifter (FDP-Fraktion) merkt an, dass der Ausbau der ICE-Strecke neben der von Herrn Frischemeier aufgezeigten städtebaulichen Komponente eine wichtige Standortkomponente im Hinblick auf die Anbindung Bielefelds in das deutsche Fernbahnnetz beinhalte. Eine fachliche Erörterung im Stadtentwicklungsausschuss sei sicherlich sinnvoll, allerdings sollte auch der Rat in seiner Gesamtheit zu gegebener Zeit zu dieser Milliardeninvestition deutlich Position beziehen. Aus Sicht seiner Fraktion müsste die entsprechende Diskussion konstruktiv und ergebnisoffen geführt werden; in diesem Zusammenhang habe er die eher skeptischen Ausführungen der örtlichen Bundestagsabgeordneten mit einer gewissen Sorge betrachtet.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) führt aus, dass er am gestrigen Tage im Verkehrsausschuss des Landes über das Vorhaben informiert worden sei. Losgelöst von der aktuell geführten Diskussion über den Trassenverlauf liege das vorrangige Ziel des Ausbaus in einer besseren Anbindung des Rheinlandes an Berlin, wodurch eine nicht unerhebliche Zahl von Inlandsflügen vermieden werden könnte. Dies setze natürlich eine schnellere Verbindung und damit zwangsläufig einen kürzeren Streckenverlauf voraus, was insbesondere im Bereich Porta Westfalica/Minden zu kontroversen Diskussionen führe. Unstrittig sei, dass der Streckenverlauf auch Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des ICE-Bahnhofs Bielefeld haben werde. Insofern werde seine Fraktion einer fachlichen Erörterung im Stadtentwicklungsausschuss zustimmen und sich zudem dem Wunsch nach einer breiten Informationsveranstaltung auch unter Berücksichtigung der Vision S-Bahn OWL anschließen.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass breites Einvernehmen hinsichtlich der Notwendigkeit bestünde, schnellere innerdeutsche Verbindungen zwischen den Städten und den Regionen zu schaffen. Dabei dürfe jedoch der Nahverkehr nicht in Vergessenheit geraten, den deutlich mehr Fahrgäste nutzten als den Fernverkehr. Von besonderer Bedeutung sei hierbei auch, an den Knotenpunkten die Anschlussmöglichkeiten von Nah- und Fernverkehren zu optimieren. Gerade dieser Aspekt dürfte für den Bielefelder Hauptbahnhof als Knotenpunkt nicht unerhebliche Auswirkungen haben, da unter Umständen die Notwendigkeit bestünde, ein weiteres Gleis an den Bahnhof anzuschließen. Bundesregierung und Deutsche Bahn hätten sich nun in diesem Prozess erstmals bereit erklärt, ein vorgezogenes Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen. Insofern sei richtig, dass sich die zuständigen politischen Gremien mit diesem Thema inhaltlich auseinandersetzen. Allerdings sei es auch sinnvoll, nicht von vorneherein bestimmte Trassen auszuschließen; vielmehr müssten alle möglichen Varianten zur Diskussion gestellt werden.

Herr Beigeordneter Moss erklärt als Mitglied des Lenkungskreises, dem die Gebietskörperschaften im Bereich eines möglichen Trassenverlaufs Bielefeld-Hannover angehörten, dass die Prüfung innerhalb des Suchraums ohne jeglichen Vorbehalt erfolge. Maxime sei, dass die Fahrzeit zwischen Bielefeld und Hannover auf 31 Minuten gesenkt werde. Der

gesamte Planungsprozess sei mit einem erheblichen Aufwand verbunden und stelle aus seiner Sicht einen „Planungsmarathon“ dar. Am 14.01.2021 lade die Deutsche Bahn online zu einer öffentlichen Auftaktveranstaltung ein, an der sich deutlich mehr Menschen beteiligen könnten als an einer Präsenzveranstaltung. In diesem Zusammenhang sichere er schon jetzt eine regelmäßige Information des Rates über den jeweiligen Sachstand zu.

Herr Oberbürgermeister Clausen ergänzt, dass der Verwaltungsvorstand als Konsequenz aus den vorgenannten Überlegungen entschieden habe, angedachte Projekte im Bereich der Joseph-Massolle-Straße, wie z. B. den Fernbusbahnhof oder das Fahrradparkhaus für einen begrenzten Zeitraum zurückzustellen.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat überweist den Antrag der Fraktion Die Linke (Drucksache 0205/2020-2025) und den Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 0227/2020-2025) zur weiteren Beratung an den Stadtentwicklungsausschuss.

- einstimmig beschlossen -

002.2 Büro des Rates, 23.12.2020, 51-2052

An

Dez. 4, 660, 600 (Schriftführung StEA)

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.
i. A.

Kricke

